

Anstösse zur Demokratisierung Europas und der schweizerischen Europapolitik

Autor(en): **Gross, Andreas**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus**

Band (Jahr): **85 (1991)**

Heft 5

PDF erstellt am: **21.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-143611>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Anstösse zur Demokratisierung Europas und der schweizerischen Europapolitik

«Was es jetzt braucht, ist ein Inventar der Entwicklungsmöglichkeiten, welche die Institutionen der Moderne anbieten, gekoppelt mit Visionen alternativer Zukunftsziele... Ich nenne die Kombination dieser Eigenschaften einen utopischen Realismus... Eine utopische Betrachtungsart in bezug auf die globale Integration würde indessen auf die Bedeutung hinweisen, Möglichkeiten dafür zu schaffen, dass lokale demokratische Mechanismen mit den steigenden gegenseitigen Abhängigkeiten der Länder der Welt verbunden werden können.»

Der britische Soziologe und Cambridge-Professor
Anthony Giddens im Stockholmer «Dagens Nyheter» vom 22.9.90

Mehr als eine «ökonomische Herausforderung»

Die Europadebatte in der Schweiz findet in den Zeitungen vor allem auf den Wirtschaftsseiten statt. Diese gehören zu den am wenigsten gelesenen Teilen der Presse. Dies ist kein Zufall, sondern hat für die hiesige Europadebatte seine symbolische Bedeutung: Die «Debatte» hat sich bisher auf die «*classe politique*» (Bundeshausinsassen, Verbandspolitiker, etablierte Wissenschaft, Medienöffentlichkeit) beschränkt. Viele einfachere BürgerInnen, auch SozialdemokratInnen, fühlen sich dieser «Debatte» eher hilflos ausgeliefert, als dass sie in der Lage wären, souverän einzugreifen und daran mit eigenen, eigenständig erarbeiteten Standpunkten teilzunehmen. Viele GenossInnen fühlen sich ohnmächtig: Emotional immer mehr Internationalisten als Helvetokraten gewesen, misstrauen sie mit Recht den neuen europäischen Tönen jener, die innenpolitisch oft unsolidarische und egoistische Positionen vertreten haben und es immer noch tun (Beispiele: Sozialcharta, Entwicklungszusammenarbeit, Friedenspolitik). Es fehlt vielen WählerInnen nicht an Euro-Infos, aber an Kriterien, konkreten Utopien und Einsichten in Zusammenhänge, die sie diese tägliche Informationsflut bewältigen und verarbeiten liessen.

Selbst der *parlamentarische Teil* dieser *classe politique* zeigt sich eher wenig souverän: Die wichtigsten Parteien beherbergen alle möglichen Positionen. Sie unterscheiden sich voneinander nur im Ausmass des Zuspruchs, den die einzelnen Europositionen (CH plus/EWR ligh/EWR super/EG) für sich mobilisieren können. Und die Parlamentarier scheinen eher im Kielwasser ihrer Wirtschaftskapitäne – sofern beide nicht in ein und derselben Person sich finden – und deren Verbände zu segeln.

So wird «Europa» in dieser offiziösen Öffentlichkeit mit sehr beschränkter Reichweite primär als «ökonomische Herausforderung» wahrgenommen. Es dominieren Fragestellungen wie: «Was nützt uns am meisten?» «Wieviel können wir uns leisten?» «Wie stärken wir unsere Konkurrenzfähigkeit am besten?» «Was stört unsere Geschäfte am wenigsten?» Je nach dem Charakter dieser Geschäfte und den Subjekten, die sich hinter dem «wir» und dem «unser» verstecken, fallen die Antworten aus, welche wiederum den Positionsbezug im weiten Feld zwischen den EG-Fans von «Hebdo» bis SGB-Kappeler und den Anti-Euros und Helvetokraten um den Ex-SGV-Papst Otto Fischer bestimmen. Wobei auch die Ökologie von einigen GP-Protagonisten auf eine Art Geschäft mit umgekehrten Vorzeichen reduziert wird; jedenfalls schei-

nen einige *Ökologen nicht weniger ökonomistisch* zu denken, wenn auch mit gegensätzlichen Schlussfolgerungen.

Differenziertere Haltungen wie jene von *Ruedi Strahm* in der «Roten Revue» (1990, Nr. 7/8) oder von *Vasco Pedrina/Hans Schäppi* («Diskussion», September 1990) sind seltener. Allerdings argumentieren auch sie primär ökonomisch und ökologisch. Immerhin weist aber auch Strahm auf das Demokratiedefizit der EG ebenso hin wie auf die Einschränkung der direktdemokratischen Mitwirkungsmöglichkeiten, welche EG wie EWR für die SchweizerInnen mit sich brächten. Zudem betont Strahm die «lange Zeit unterschätzte Integrationsdynamik der EG», ohne sie allerdings politisch zu analysieren. Das führt ihn dann zur eher unpräzisen These, wonach «irgendwie anachronistisch und ahistorisch» sei, wer sich «grundsätzlich und dogmatisch gegen jede Integration in Europa stellt». Schäppi/Pedrina benennen diese Dynamik schon etwas präziser, wenn sie schreiben: «Eine isolationistische Position ist vor allem auch deshalb abzulehnen, weil sie die Probleme für die ArbeitnehmerInnen, welche mit der verschärften Konkurrenz auf dem Weltmarkt und den fehlenden übernationalen Normen entstehen, keineswegs löst.»

Auf dieses Strahmsche «irgendwie» und die von Schäppi/Pedrina benannten «fehlenden übernationalen Normen» möchte ich meine folgenden Thesen konzentrieren. Das heisst, ich beschränke mich auf die *grundsätzlichen, politischen Fragestellungen*. Nicht nur, weil sie m.E. in der bisherigen Debatte sträflich vernachlässigt worden sind, sondern weil realpolitisch der Erfolg von ihrer Beantwortung abhängt und weil, so wie das Leben nicht nur aus der Arbeit besteht, die Politik nicht auf die Wirtschaft beschränkt werden kann. Ganz besonders nicht in einem Land, dessen BürgerInnen eine hohe demokratische Sensibilität haben und Rechte nicht preisgeben wollen, die sie sich gegen die Herrschenden einmal erkämpft haben.

Vier Thesen

In diesem Zusammenhang erscheint es mir von zentraler politischer Bedeutung, vier Dinge herauszustreichen:

1. Die epochale Frage, die sich hinter der «Europadebatte» versteckt, ist die schwindende Gestaltungsmacht des Nationalstaates, seine rapide abnehmende Souveränität. Johan Galtung meint dazu: «Wir treten in eine neue Epoche ein; eine Epoche, in der der Nationalstaat zu Ende geht.» Oskar Lafontaines deutsch-deutsche Vorbehalte beruhen auf dem gleichen Gedanken: «Die Zeit des Nationalstaates ist abgelaufen».
2. Zur Disposition gestellt ist damit die Demokratie als eine der Errungenschaften des Nationalstaates. Etwas Entsprechendes ist bisher auf supranationaler Ebene nicht geschaffen worden. Die dort vorherrschenden Strukturformen orientieren sich ausschliesslich an der Konzeption der kapitalistischen Multinationalen Konzerne, welche auch die minimalsten demokratischen Mitbestimmungsansprüche moderner Bürgerinnen und Bürger nicht befriedigen können.
3. In der Schaffung einer supranationalen und mehr als nur repräsentativen Demokratie liegt die realutopische Dimension dieser Debatte. Sie verwirklichen hiesse dafür zu sorgen, dass aus dem Abbau der nationalen Souveränität und der Übertragung bisher national gebundener Zuständigkeiten auf die supranationale Ebene für die einzelnen BürgerInnen kein Souveränitätsabbau folgt, sondern bloss ein Souveränitätstransfer stattfindet vom alten Nationalstaat auf die neue europäische Ebene, vergleichbar mit dem, was in der Schweiz 1848 zwischen Bund und Kantonen stattfand.
4. Die politisch brisante und eigentlich ermutigende Pointe dieser Betrachtungsweise besteht nun in der Schlussfolgerung, dass in der schweizerischen Europadebatte nur diejenigen sich durchsetzen werden, welche nicht nur Europa im oben genannten Sinne demokratisieren können, sondern es auch verstehen, die hiesige Europadebatte zu demokratisieren. Mit anderen Worten: Die konkrete Utopie ist in diesem Falle kein Gegensatz zum realpolitischen Erfolg, sondern dessen Voraussetzung. Bequemer lässt sich in der Schweiz m.E. keine Volksmehrheit für Europa in irgendeiner Variante (EWR oder EG) finden.

Im folgenden nun sollen diese vier Thesen erläutert werden.

1. Die schwindende Gestaltungsmacht des Nationalstaates

Am Ende des 20. Jahrhunderts befinden wir uns an einer ähnlichen epochalen Schwelle wie zu Beginn der Neuzeit, als die Nationalstaaten die Städte als vorherrschende Gestaltungseinheiten der gesellschaftlichen Wirklichkeit abzulösen begannen. Symbole dafür wurden unter anderen die nationalen Armeen, welche für den Schutz zu sorgen hatten, den die Stadtmauern nicht mehr geben konnten.

In den vergangenen 20 Jahren begannen supranationale Körperschaften und Kräfte die einzelnen Nationalstaaten in ihrer Bedeutung abzulösen. Das bedeutet nicht, dass der Staat jedwelche Gestaltungsfunktion und -aufgabe verlieren wird: Doch er ist für die grossen Probleme unserer Zeit zu klein (Frieden, ökologische Gleichgewichte, soziale Gerechtigkeit) und für die kleineren Probleme teilweise zu gross. Das Stichwort zur Bezeichnung dieses Sachverhaltes lautet «Globalisierung». Für die entscheidenden Probleme unserer Zeit sind die nationalen Landesgrenzen irrelevant: Die Nationalstaaten sind zur Kooperation gezwungen – es fragt sich allerdings nur, in welcher Form dies in unser aller Interesse am besten zu erfolgen hat.

2. Das «Demokratie-Defizit der EG»

In der Wirtschaft hat sich als supranationale Form diejenige des *Multinationalen Konzerns* entwickelt. In Europa – und ausserhalb der UNO und des Völkerrechtes, auf die ich hier nicht eingehen kann – kennen wir als supranationale Kooperationsform, zugunsten derer die Nationalstaaten bisher wirklich Souveränität abgegeben haben, nur die EG (im Unterschied beispielsweise zum Europarat). Sie ist bezeichnenderweise in ihrem diktatorialen Zentralismus ein genaues Abbild der Entscheidungsstrukturen eines Multis: Der entscheidende Ministerrat entspricht dem Verwaltungsrat, die Kommission der Konzernleitung, das «Europaparlament» hat faktisch weniger Macht als eine Aktionärsversammlung, die nationalen Parlamente der EG-Staaten müssen sich an die von ihren Ministern(!) festgelegten «Richtlinien» halten, wie die Konzernfilia-

len an jene der Konzernzentrale. Die EG-BürgerInnen haben politisch etwa soviel zu sagen wie die Arbeitnehmer in der BRD-Industrie: Sie wählen ihre Räte – Betriebsräte wie Parlamentarier –, womit sich ihre institutionellen Mitsprachemöglichkeiten bereits erschöpfen.

Europa kennt bisher *keine supranationale Demokratie*, genausowenig wie das Europaparlament ohne tatsächliche Budgethoheit, Gesetzgebungskompetenz und ohne die Macht, die Regierung zu stürzen, die Bezeichnung «Parlament» verdient und eher als «Konsultativorgan» bezeichnet werden müsste. BürgerInnen eines Landes, das an dieses real existierende EG-Gebilde Souveränität abtritt, erleiden somit tatsächlich eine Souveränitätseinbusse. Faktisch ist diese derzeit wohl sogar grösser als die reale Einbusse an politischer Selbstbestimmungsmacht, welche der Nationalstaat angesichts der ökonomischen, ökologischen und konfliktspezifischen Globalisierungen und Abhängigkeiten ohnehin erleidet.

Diese real existierenden und rasch zunehmenden Souveränitätseinbussen kontrastieren in auffälligem Mass die wachsenden demokratiespezifischen Kompetenzen der zumindest in Westeuropa und in den USA aktiven BürgerInnen aus den *neuen sozialen Mittelschichten*, die wohl nicht nur für die Sozialdemokratien, sondern für die Politik in den meisten dieser Staaten entscheidend sind. Dieser Widerspruch untergräbt die demokratische Legitimität der bestehenden europäischen Strukturen in einem in ganz Europa spürbaren und nicht zu unterschätzenden Ausmass. Das in Bruxelles allgemein als solches bezeichnete «Demokratie-Defizit der EG» hat deshalb vor allem auch in der Schweiz mit ihren ausgebauten direktdemokratischen Möglichkeiten und den entsprechenden Mentalitäten schweizerischer BürgerInnen eine grosse politische Bedeutung.

3. Von der dreigliedrigen zur viergliedrigen Demokratie

Für eine neue europäische Mehrheit in der Schweiz ist die Beantwortung der folgenden Frage von zentraler Bedeutung: Wie können wir die notwendigen Schritte vom Nationalstaat zur supranationalen Koopera-

tionsebene tun, ohne auf diesem schwierigen Weg die Demokratie – wenn möglich sogar in ihren direkten schweizerischen Ausgestaltungsformen – als eine der *wichtigsten Errungenschaften des Nationalstaates* zu verlieren?

Die Beantwortung dieser Frage setzt eine neue, europäische und politisch-intellektuelle *Innovation* voraus – ähnlich der Innovation, welche in der britischen, amerikanischen und französischen Revolution die nationale Souveränität hervorbrachte. Damals entsprach diese den Interessen der sich entwickelnden kapitalistischen Wirtschaft. Heute scheint dies anders zu sein, weshalb diese politische Innovation von seiten des sich seit Jahrzehnten global strukturierenden Kapitals wohl nicht geleistet oder befördert wurde. Doch ist noch offen, ob diese kurzfristige Haltung wirklich den langfristigen Interessen selbst des Kapitals entspricht – von den Interessen der grossen Mehrheit der EuropäerInnen ohne wirtschaftliche Macht einmal ganz abgesehen.

Gelänge uns diese politische Innovation – und dies könnte nur die Frucht intensiver transnationaler Arbeit zusammen mit anderen Sozialdemokratien, mit Grünen und mit den aktiven Menschen aus den sozialen Bewegungen sein –, so würde eine teilweise Europäisierung bisher nationalstaatlicher Politik für die betroffenen BürgerInnen keinen Souveränitätsverlust, sondern bloss einen Souveränitätstransfer bedeuten. Die Summe ihrer formalen politischen Souveränitätsrechte bliebe sich gleich; ein Teil realisierte sich dann bloss nicht mehr auf der nationalen, sondern auf der europäischen Ebene. So wie wir in der Schweiz heute mit Gemeinden, Kantonen und Bund eine Dreigliederung kennen, bauten wir uns dann eine Viergliederung auf, wobei Europa mehr wäre als ein grosser Nationalstaat, wie dies den USA schon vor 200 Jahren gelang.

4. Die konkrete Utopie des 21. Jahrhunderts

Gewiss hat die vorangehende These eine (real)utopische Dimension. Doch steht diese interessanterweise für einmal nicht im Widerspruch zum *realpolitischen Erfolg*.

Dies aus verschiedenen Gründen:

Einmal dürfte heute in der Schweiz *keine Mehrheit* der BürgerInnen bereit sein, für ihre Selbstentmachtung zu stimmen. Für einen Abbau der Demokratie ist kaum eine Mehrheit zu finden, selbst dann, wenn an sehr egoistische Interessen appelliert und auf die teilweise Fiktion der gegenwärtigen nationalen Souveränität hingewiesen wird. Daran dürften in absehbarer Zeit eine EG-Beitritts-Initiative ebenso scheitern wie ein aushandelbarer EWR-Vertrag. Ob es uns passt oder nicht, Otto Fischer & Co. finden wohl solange eine Mehrheit in einer Volksabstimmung, bis wir zumindest ansatzweise das zuvor dargestellte Demokratiedefizit ausserhalb des Nationalstaates auffüllen können.

Zweitens gilt es zu bedenken, dass eine konkrete Utopie abgesehen von ihrem Orientierungspotential immer eine besondere *politische Energiequelle* darstellt. Dies gilt selbst für eine vergangene Utopie wie jene des souveränen Nationalstaates des 19. Jahrhunderts. Die Anhänglichkeit unserer BürgerInnen gegenüber dieser vergangenen Utopie kann Fischer & Co solange immer gegen Europa mobilisieren und reaktivieren, als wir dieser vergangenen Utopie nicht eine *künftige Utopie des 21. Jahrhunderts* gegenüberstellen können: das demokratische Europa! Nur mit ihr können wir die politischen Energien schaffen und die Menschen mobilisieren, die wir brauchen, wenn wir jene SchweizerInnen in die Minderheit versetzen wollen, die auch im 21. Jahrhundert aus lauter Gewohnheit und mangelnder Beweglichkeit nicht von der anachronistischen Utopie des 19. Jahrhunderts ablassen wollen.

Mit technokratischen Rezepten und Argumenten allein ist selbst eine überlebte Utopie nicht zu beantworten, ebensowenig wie sich damit Menschen zum politischen Engagement begeistern und mobilisieren lassen. Billiger ist aber Europa für die SchweizerInnen nicht zu haben. Um eine solche Anstrengung kommen wir nicht herum. Für die SP hätte sie den Vorteil, dass sie sich so ein eigenes, unverwechselbares, angemessenes und zukunftsträchtiges – eben *sozial-demokratisches Euro-Profil* schaffen könnte, das ihr heute erkennbar fehlt.